

AKTUELL

NUKLEARE AUFRÜSTUNG

Kein Verbrechen?

Raymond Klein

Atomwaffen zu verbieten, ist kein einfaches Unterfangen. Der ab heute gültige Vertrag ist ein erster Schritt hin zur völligen Ächtung dieser verbrecherischen Waffen.

Am 24. Oktober des vergangenen Jahres ratifizierte Honduras als fünfzigster Staat den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). An diesem Freitag, genau 90 Tage später, tritt damit das Verbot in Kraft. Ein Verbot, das erst

namhafte vom 15. Dezember an, die den AVV ablehnt und davor warnt, er unterminiere die Abrüstungsarchitektur und den seit 1970 bestehenden Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Ein Vorwurf, den der Friedensaktivist, ähnlich wie andere Expert*innen, als „plumpe und falsche Behauptung“ qualifiziert.

Im Vorfeld des Inkrafttretens am 22. Januar hat die FSPL ebenfalls ein Pressecommuniqué verschickt, das von QuattroPax, einem Netzwerk von Friedensgruppen in der Großregion, verfasst wurde. Es verweist auf internationale Initiativen wie das „Mayors for Peace“-Netzwerk und den ICAN-Städteappell, die für eine atomwaffenfreie Welt eintreten und den Vertrag unterstützen. ICAN steht für „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ – die zivilgesellschaftliche Plattform, die zur Aushandlung des AVV beigetragen hat und dafür 2017 den Nobelpreis erhielt (woxx 1445).

Verbrechen gegen die Menschheit

Dieser Vertrag ist heute noch wichtiger als vor dreieinhalb Jahren, denn mittlerweile sind mehrere Abkommen zur Rüstungskontrolle außer Kraft gesetzt worden und die Arsenale der Atommächte werden modernisiert, statt ausgeräumt. Schützenhilfe gab es vor vier Monaten, als 56 Ex-Politiker*innen sich in einem offenen Brief gegen nukleare Waffen aussprachen, darunter Javier Solana, Joschka Fischer und Rudolf Scharping, die nicht gerade als „Friedenstauben“ gelten (woxx 1599). Unabhängig davon ist das stärkste Argument für den AVV immer noch seine ursprüngliche Begründung: Dass die Perspektive eines Einsatzes von Atomwaffen gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, weil dabei unverhältnismäßig viele Zivilist*innen betroffen wären.

Luxemburg, das gerne die Rolle als Musterschüler der internationalen Gemeinschaft beansprucht, müsste das Thema eigentlich aufgreifen. Mittlerweile haben 13 Gemeinden, darunter die Städte Luxemburg und Esch-Alzette, den ICAN-Appell unterschrieben. Die EU-Mitglieder Österreich, Irland und Malta haben den AVV ratifiziert und sogar in Nato-Staaten wie Belgien, den Niederlanden, Spanien und Deutschland erscheinen linke politische Mehrheiten hierfür denkbar. Und in Luxemburg?



Aktion im Central Park, New York, 2017.

einmal nur für die beigetretenen Staaten gilt, darunter keine einzige Atommacht. Dennoch könnte das Datum sich als historisch erweisen: Wie die Verbote von Landminen, chemischen und biologischen Waffen wird der AVV den politischen Druck auf die Staaten, die an den nuklearen Waffen festhalten, erhöhen. Die Ächtung solcher Waffen könnte irgendwann Teil des Völkergewohnheitsrechts werden und damit auch ein juristisches Vorgehen ermöglichen, so die Hoffnung ihrer Befürworter*innen.

In Luxemburg ist es vor allem die Friddens- a Solidaritätsplattform (FSPL), die sich für den AVV einsetzt. Als einen „historischen Meilenstein“ bezeichnet ihn Raymond Becker, Mitglied des Koordinationsteams der FSPL, in einem Blogbeitrag. Und fordert: „Luxemburg sollte seine sture ablehnende Haltung aufgeben.“ Becker spielt auf die vom Großherzogtum mitunterzeichnete Nato-Stellung-

SHORT NEWS

Bürger-innenkomitee nimmt Arbeit auf

(ja) – Im Rahmen der landesplanerischen Konsultation „Luxembourg in Transition“ hat das „Bürgerkomitee Lëtzebuerg 2050“ diese Woche seine Arbeit aufgenommen. Bei Luxembourg in Transition handelt es sich um eine Initiative des Landesplanungsministeriums. Zehn verschiedene Teams erarbeiten dabei Entwürfe für ein nachhaltigeres Luxemburg. Am 22. Januar endet die erste Phase, danach sollen noch maximal sechs Teams zurückbehalten werden. Die Auswahl, welche Entwürfe in die nächste Runde kommen, liegt bei mehreren Expert*innengremien. Auch das „Bürgerkomitee Lëtzebuerg 2050“ darf nun ein Wörtchen mitreden. Für das Komitee wurden aus insgesamt 250 Kandidaturen 30 Menschen ausgewählt, die einen repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft darstellen sollen. Ihre Arbeit wird von der Kommunikationsagentur Stoldt Associés sowie den Forscher*innen Léonie de Jonge (Uni Groningen) und Raphaël Kies (Uni Luxemburg) begleitet. Die Mitglieder des Komitees erwarten ein hohes Arbeitspensum: Im ersten Halbjahr 2021 sind zehn Meetings vorgesehen.

Toujours pas de paradis (fiscaux) en Europe

(lc) – Le Parlement européen n'en démord pas, et pour cause : la liste européenne des paradis fiscaux ne vaudra pas le papier sur lequel elle est imprimée tant qu'aucun pays européen n'y figure. Certes, sans le Royaume-Uni – avec sa City et les îles de la Manche si accueillantes, étroitement liées à la Couronne britannique –, les forces de blocage seront amoindries, mais ne disparaîtront pas pour autant. Une résolution du Parlement européen critique ouvertement l'approche de la Commission von der Leyen : elle propose notamment d'ajouter des critères qui feront que plus de pays seront listés et que d'autres ne seront plus enlevés aussi rapidement, ainsi que de rendre ces critères plus transparents, consistants et impartiaux. Finalement, le texte demande aussi que les États membres de l'Union européenne cessent d'échapper à ces screenings et que ceux qui n'appliquent pas les règles soient considérés comme des paradis fiscaux eux aussi. Une formulation qui n'est pas forcément du goût de toutes et tous les représentant-e-s luxembourgeois-es à Strasbourg – dont la majorité vient de voter contre un amendement de la gauche européenne qui voulait inclure les pays européens sur la liste.

online

Mobbing, affaire Journal, Weltkultur und Radwege

En plus de notre édition hebdomadaire sur papier, nous publions chaque jour des articles sur woxx.lu. Par exemple : Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche:

Fall Monica Semedo: Gewalt und Machtmissbrauch Auf die Sanktionierung der EU-Parlamentarierin haben manche mit verharmlosenden Kommentaren reagiert. Damit füttern sie verbreitete Fehldarstellungen psychologischer Gewalt. woxx.eu/monmob

Affaire Chamberblidchen : DP partout, Neppen nulle part Que ce soit exclusivement le Journal digital qui profite de la manne parlementaire pour publier en PDF les comptes rendus de la Chambre soulève des questions – sans réponse. woxx.eu/blidj

Mit Rollstuhl und Blindenstock das Weltkulturerbe entdecken Das Kulturministerium setzt in Sachen Inklusion und Kultur auf Stadttouren sowie auf die nachhaltige Förderung inklusiver Kulturprojekte. woxx.eu/inclutour

Fahrradaktivist*innen fordern lückenloses Radwegenetz Unter dem Motto „Connecting the Dots“ fordern mehrere Organisationen und Radaktivist*innen die Bürgermeisterin der Hauptstadt auf, für sicherere Radverbindungen zu sorgen. woxx.eu/conndots